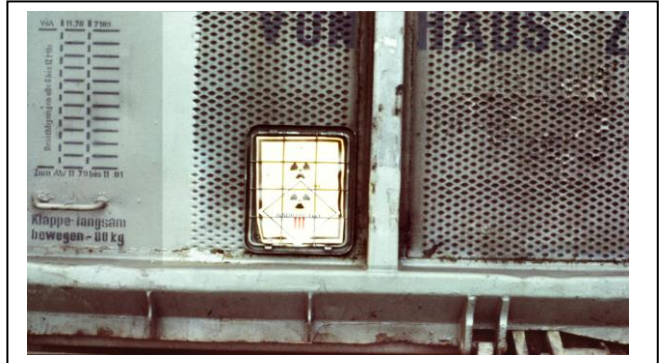


# Asse-Katastrophenmacher im Dienst, 1985 und 2009



Oben: Hochstapelei im Asse-Schacht  
Rechts: Verladung von „Kernabfall“ in „Von Haus-zu-Haus“-Behältern der Bundesbahn auf dem Bahnhof in Wendessen. Sie „reisen“ zum Schacht.

Braunschweiger Zeitung, 7.3.1979

## Kühn: Asse gegen Wassereintritt gut geschützt

**WOLFENBÜTTEL (uh)** In der Sendung „Kulturmagazin“ des Ersten Fernsehprogramms war am Montag von Diplom-Ingenieur Hans-Helge Jürgens vom Institut für Wasserbau an der Technischen Universität Braunschweig dargestellt worden, daß im Falle eines Wassereintrittes in die Asse radioaktive Auslaugungen in das Grundwasser befördert werden. Jürgens erläuterte das am Prinzip der kommunizierenden Röhren, die sich infolge von Erdbewegungen bilden könnten.

Auf Anfrage erklärte dazu jetzt Klaus Kühn, den Leiter der wissenschaftlichen Abteilung des Institutes für Tiefenlagerung. Ein Wasser- oder Laugeneintritt sei der größte anzunehmende Unfall in der Asse, von den Wissenschaftlern als GAU bezeichnet, entgegnete Kühn. „Was Jürgens anführt, ist die Basis unserer Sicherheitsvorkehrungen“, meinte Kühn dazu, „alles ist so angelegt, daß einem Wassereintritt mit allen Sicherheitsmaßnahmen begegnet werden kann.“

Die Darlegungen von Jürgens seien keine eigenen wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Interpretation von Daten, die von der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) selbst 1966 veröffentlicht worden seien. Die Gesellschaft habe damals eine sogenannte Bestandsaufnahme gemacht, die als Grundlage aller Forschungsarbeit habe. Was Jürgens zusammengetragen habe, sei darüber hinaus keine Arbeit im Auftrage seines Institutes, sondern eine private Darstellung.

**Laugenzufluß beim Kaliwerk Asse.** Der „Börsenkurier“ schreibt: „Aus Braunschweig wird telegraphisch gemeldet, daß sich in dem neuen Schacht, der bei 284 Meter das Steinsalz erreicht hatte. Laugenzuflüsse gezeigt haben. In bergsachverständigen Kreisen steht man der Tatsache eines Laugenzuflusses, zumal in der dortigen Teufe und im Salz, sehr bedenklich gegenüber. Zur Feststellung des Umfanges der Zuflüsse ist der Vertreter der herzoglichen Bergbehörde auf dem Schacht eingetroffen. Das braunschweigische Staatsmonopol hat, da bekanntlich der erste Schacht von Asse nach kurzem Betrieb ersoffen ist, bisher wenig glückliche Erfolge zu verzeichnen. Von der Betriebsleitung des Bergwerks Asse wird gemeldet, daß von ihr die Zuflüsse als unbedeutend angesehen werden. Ueber die Gegenmaßnahmen sind noch keine Beschlüsse gefaßt.“

Hierzu wird von unterrichteter Seite noch gemeldet: Bei 380 Meter Teufe im inneren Steinsalz sind Laugenzuflüsse von 25 Litern in der Minute aufgetreten. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, den Schachtteil in der Umgebung der Zuflußstellen mit Tübbings auszufleiden. Die Lieferung der Tübbings soll schnellstens erfolgen, sodas die jetzt eingetretene Arbeitsruhe voraussichtlich eine längere Dauer nicht annehmen wird.

Wolfenbütteler Zeitung, 21. Januar 1908

Der erste Spatenstich für das Salzbergwerk Asse II geschah am 10. September 1906. Nach knapp zwei Jahren erreichten die Bergleute die Tiefe von 765 Metern. Das Asse-Salz wurde bis nach Asien und Südamerika exportiert. Der Salzabbau wurde 1964 eingestellt.

Braunschweiger Zeitung, 11. September 1981.

Im März 1985 stellten die beiden Mitglieder der Wolfenbütteler Kreistagsfraktion „Grüne Bürgerliste“, Hilmar Nagel und Jürgen Kumlehn, für die nächste Sitzung des Unterausschusses zum Thema Asse II diesen Antrag zur Tagesordnung:

„Der Oberkreisdirektor wird beauftragt, im Rahmen des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt und Naturschutz eine öffentliche Anhörung zur Problematik der Einlagerung hochradioaktiver Materialien in die Atommüll-Deponie Asse II durchzuführen. Neben Mitgliedern des Fachausschusses sollen Fachleute der GSF und auch Fachleute, die dem o.g. Vorhaben kritisch gegenüberstehen, gehört werden.“

Der Antrag wurde von Oberkreisdirektor H. Koneffke mit auffälligen Begründungen abgelehnt: Zwar könne eine Fraktion verlangen, „daß ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Antrag sich – wie hier – als rechtsmissbräuchlich erweist. (vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 15. Februar 1984 – 5 OVG A 212/83).

In der bald darauf folgenden gemeinsamen Sitzung des Kreistages (26.4.1985) mit dem Gemeinderat der Samtgemeinde Asse – anwesend waren auch fünf leitende Mitarbeiter der Asse-GSF (Kühn, Dürr, Rothfuchs, Stippler, Weis und zwei Vertreter vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und von der Kernforschungsanlage Jülich mit ausführlichen Beschönigungsvorträgen) - konnte ich dann immerhin den Antrag stellen, zu einer Anhörung auch Wissenschaftler einzuladen, die den Maßnahmen im Asse-Schacht kritisch gegenüberstehen. Herr Kühn informierte daraufhin den versammelten Kommunalpolitikern, „die Wissenschaftler der GSF stünden ihrer Aufgabe in jeglicher Weise kritisch gegenüber“.

Daraufhin beschloss der Kreistag:

„Der Kreistag lehnt mit 23 gegen 2 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen den Antrag der Fraktion der Grünen Bürgerliste ab, den Oberkreisdirektor zu beauftragen, im Rahmen des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt- und Naturschutz eine öffentliche Anhörung zur Problematik der Einlagerung hochradioaktiver Materialien in der Atommülldeponie Asse II durchzuführen und neben Mitgliedern des Fachausschusses und den Fachleuten der GSF auch Fachleute, die dem obengenannten Vorhaben kritisch gegenüberstehen, zu hören.“

Die folgenden Texte sind dem „Abschlussbericht Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Atommülllager Asse II“ des „Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag vom 15.10.2012“ entnommen:

### **„10.7 Die einsamen Rufer in der Wüste: Umgang mit kritischen Stimmen**

Immer wieder hat es im Laufe der letzten Jahrzehnte Warner gegeben, die auf Gefahren hingewiesen haben, die von der Einlagerung von Atommüll in der Asse ausgehen. Aber diese Hinweise führten nie dazu, dass eigene Ergebnisse der GSF in Frage gestellt wurden. Weder in den zuständigen Genehmigungs- oder Aufsichtsbehörden noch in Begleitgremien wie der RSK lösten sie Fachdiskussionen aus. Die folgenden drei Beispiele verdeutlichen das:

#### **10.7.1 Der Fall Jürgens**

1979 erscheint die Abhandlung „Atommülldeponie Salzbergwerk Asse II - Gefährdung der Biosphäre durch mangelnde Standsicherheit und das Ersaufen des Grubengebäudes“.<sup>279</sup> Herausgeber sind aber nicht etwa die GSF als Betreiberin oder die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe BGR als geowissenschaftliche Beratungseinrichtung der Bundesregierung, die im gleichen Jahr ebenfalls zu dem Ergebnis kommt, dass die Standsicherheit nicht gegeben sei, sondern Dr. Hans-Helge Jürgens, ein junger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Hydromechanik und Küstenwasserbau am Leichtweiß-Institut der TU Braunschweig. Jürgens hat sich 1977 vor Ort der Bürgerinitiative Arbeitskreis gegen Atomenergie angeschlossen und arbeitet dort in der Arbeitsgruppe Asse mit. Während seines Studiums hatte er bereits mit der Geologie der Asse zu tun gehabt. Er forderte Daten aus dem IfT an und besorgte sich einen Bericht zur Standsicherheit der Asse aus dem Jahr 1974, den Kühn mit seinen Kollegen Staupendahl, Borchert und Dürr verfasst hatte.<sup>280</sup> Nach anderthalb Jahren legte er seine Arbeit vor. Im Ergebnis kam er zu dem Schluss, dass ein Wasserzutritt über die Südflanke die Gefahr eines Tagesbruchs berge, was letztlich eine Freisetzung von Radioaktivität in die Biosphäre bedeuten würde. Am 15. März berichtet das ARD Magazin Kulturspiegel über Jürgens Arbeit und die GSF reagiert. Eine zeitnahe Gefährdung der Standsicherheit sei nicht gegeben. Selbst im Falle eines GAUs sei eine Freisetzung von Radionukliden ausgeschlossen. Jürgens sei kein Bergmann, ihm fehle die nötige Sachkenntnis. Nach Ausstrahlung der Sendung wurde Jürgens zu seinem Professor zitiert und dafür gerügt, dass im Beitrag das Leichtweiß-Institut eingeblendet gewesen sei. Nach sei-

ner Promotion findet er keine Arbeit in der Region, weil seine Institutskollegen potentielle Arbeitgeber davor warnen, er arbeite für Bürgerinitiativen.<sup>281</sup>

Kühn wiederholte später bei seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss, die Wissenschaftler der GRS hätten sich zwar intern mit dem Papier von Jürgens beschäftigt, seien aber zu anderen Ergebnissen gekommen, weshalb es keine Notwendigkeit gegeben habe, genauer auf seine Einwände einzugehen. „(...) wir haben einen Laugenzutritt als Störfall in Betracht gezogen und uns auch mit den Konsequenzen beschäftigt, die ein solcher Störfall verursachen könnte. Insofern war von uns aus gesehen keinerlei Notwendigkeit vorhanden, öffentlich auf die Einwände oder auf die Papiere von Herrn Jürgens zu reagieren.“<sup>282</sup> Dabei kritisiert selbst das Landesamt für Bodenforschung 1980 in einer Stellungnahme zu einem Gutachten der GSF mit dem Titel "Störfallbetrachtung für ein mögliches Ersaufen des Grubengebäudes Asse II durch Vergleiche aus der Praxis des deutschen Kali- und Steinsalzbergbaus"<sup>283</sup>, dass auf die Arbeit von Jürgens nicht eingegangen werde, obwohl das NLFB die dort dargelegte Argumentation schlüssig finde.<sup>284</sup> Selbst die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) hat sich ausweislich der in den Akten gefundenen Tagesordnung am 27.08.1980 mit der Studie von Jürgens befasst.<sup>285</sup>

### **10.5 International tätige Wissenschaftler verleugnen die echten Risiken**

Einer der maßgeblichen Verantwortlichen für das Asse Desaster ist auf Seiten der Wissenschaftler Prof. Dr. Klaus Kühn, der 1968 als Bergbauingenieur an der TU Clausthal promovierte und von der ersten Stunde an zum Mitarbeiterstab des Instituts für Tieflagerung gehörte. Von 1973 bis 1982 war er Leiter der wissenschaftlichen Abteilung dieses Instituts und von 1982 bis 1995 Leiter der dortigen Abteilung für Endlager-technologie. Anschließend fungierte er bis 2006 als Berater der GSF und war in dieser Funktion weiterhin mit allen wichtigen Vorgängen auf der Asse betraut. 1987 wurde er an der TU Clausthal zum Honorarprofessor ernannt. Auch wenn er in der Asse die unrühmliche Rolle eines der Hauptverantwortlichen für den größten Atommüll-Entsorgungsskandal Deutschlands spielte, firmierte er national wie international vor dem Auffliegen der Vorgänge in der Asse als anerkannter „Endlagerpapst“. Von 1983 bis 1998 war er Mitglied der Reaktorsicherheitskommission RSK, später auch Mitglied des unter der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten AKEnd. (Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte) Er hat in Gremien internationaler Institutionen wie der IAEA, der OECD der NEA mitgewirkt und fungierte in der Schweiz, in den USA und Japan als Berater in Endlagerfragen. In den USA hat er als Mitglied einer Peer-Review-Group das Waste Isolation Pilot Plant, ein atomares Endlager in Salz für Abfälle aus der Kernwaffenproduktion, begleitet. Kühn war glühender Verfechter der Atomenergie und bei der Atomindustrie als „Fachmann“ geschätzt, da er als nicht zu erschütternder Befürworter der sogenannten „Salzlinie“ und damit Befürworter des Endlagerstandortes Gorleben, den Entsorgungsvorsorgenachweis für den Betrieb der Kernkraftwerke sicherte. Als die rot-grüne Bundesregierung Ende der 90er Jahre ein Erkundungsmoratorium für Gorleben erließ, gehörte Kühn zur International Expert Group Gorleben (IEG) die im Auftrag der EVUs Argumente für das Kippen dieser Entscheidung finden sollte.

Bei den Befragungen des Untersuchungsausschusses gibt Kühn den Ahnungslosen. Er sei weder für die Anlieferung, die Einlagerung noch den Strahlenschutz zuständig gewesen.<sup>266</sup> Bereits in einer Studie vom 1. November 1967, dem Jahr der ersten Einlagerungen, ist Kühn offenbar bekannt, dass der nötige Sicherheitsabstand zwischen Abbaukammern und Deckgebirge fehlte. Während die Bundesanstalt für Bodenforschung mindestens 100 m Abstand vorschrieb, wusste auch Kühn, dass es in der Asse an einer Stelle nur 40 m waren. Auf Fragen während der Vernehmung, warum er trotz dieser Kenntnisse nicht vor einer nicht rückholbaren Einlagerung radioaktiver Abfälle gewarnt habe, antwortet er: „Wenn die Fachleute sagen: Das ist okay! -Dann kann ich nicht sagen: Nein, das ist nicht ok. (...) Wir mussten mit den Gegebenheiten leben. (...) Uns stand keinerlei Entscheidungsbefugnis zu, ob die Asse zur Endlagerung verwendet werden sollte oder nicht.“<sup>267</sup> Willige Erfüllungsgehilfen, das ist das Bild das Kühn von sich und seinen Kollegen zeichnet. Mit einem Wissenschaftsethos, das sich einem verantwortungsvollen Umgang mit Menschen und Umwelt und einem couragierten Eintreten für die eigenen Überzeugungen verpflichtet fühlt, hatten die für die Asse zuständigen Wissenschaftler offenbar nichts am Hut.

Faktisch war er der Mann, der die Öffentlichkeit hinzuhalten verstand. Er verharmloste Gefahren, beschönigte Risiken und war immer zugegen, wenn es darum ging, Informationen vertraulich zu halten. Selbst als 1995 dem NMU von kontaminierten Laugen berichtet wurde, gehört Kühn zu denen, die sich gegen eine Veröffentlichung der Laugenvorkommen aussprechen.<sup>268</sup> Verschleierung der wahren Risiken vor den Bürgerinnen und Bürgern rund um die Asse, das ist eine Aufgabe, für die sich der Wissenschaftler Kühn wider

besseres Wissen ohne Skrupel hergibt. So lässt Kühn in der Braunschweiger Zeitung vom 7. März 1979 als Reaktion auf eine Studie von Hans-Helge Jürgens verlautbaren, in der Asse sei alles so angelegt, „(...) dass einem Wassereinbruch mit allen Sicherheitsmaßnahmen begegnet werden kann.“<sup>269</sup> 1988, in dem Jahr, in dem erstmals kontaminierte Laugen in der Asse auftraten, erklärt Kühn vordem Kreistag Wolfenbüttel zur Frage, welche Sicherheitsrisiken vom in der Asse eingelagerten Plutonium ausgehen: „Wenn das Plutonium irgendwo sicher gelagert ist, dann im Endlager Asse.“

taz, 6.11.2009

## Untersuchungsausschuss Asse II: Endlagerpapst Kühn bereut

Der früher für das Endlager Asse II zuständige Wissenschaftler Klaus Kühn bereut sein Vorgehen. Heute würde er keine radioaktiven Abfälle dort einlagern.



Professor Dr. Ing. Klaus Kühn vor dem Untersuchungsausschuss in Hannover. Bild: dpa

HANNOVER taz | Der deutsche Endlagerpapst Klaus Kühn hat vor dem Asse-Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtages Auskunft über ein misslungenes Lebenswerk gegeben. Der 71-jährige Endlagerexperte, der drei Jahrzehnte in der und für die Asse geforscht hat, gestand am Donnerstagabend nach fünfständiger Befragung ein: „Wenn ich nach heutigem Wissensstand noch einmal zu entscheiden hätte, würde ich keine radioaktiven Abfälle dort einlagern.“

### Thesen gegen Atomenergie

Die Behauptung des Professor Merz von der Kernforschungsanlage Jülich, der während der Kreistagssitzung am 19. April gesagt hatte, er kenne keinen ernstzunehmenden Wissenschaftler, der gegen Atomenergie sei, ließ dem FDP-Kreistagsabgeordneten Reinhold Stoevesandt keine Ruhe. Er wandte sich an den Direktor des Instituts für Kernphysik der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, Professor Dr. Erich Huster, der Contra-Argumente in zwölf Thesen gegen Atomenergie in verschiedenen Publikationen, beispielsweise im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt, veröffentlicht hat.

In diesen Thesen heißt es unter anderem, daß die Probleme der Wiederaufbereitung und der Endlagerung nicht gelöst seien, wenn man auch amtlich bekräftigte, die „noch offenen Probleme in den Griff“ zu bekommen. Auch der Transport der hochradioaktiven Brennelemente bringe Gefahren durch Transportunfälle, Sabotage, Erpressung und anderes mehr.

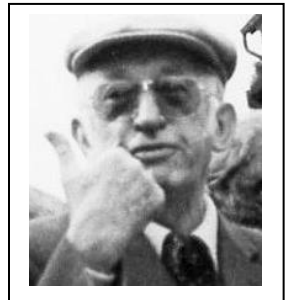
Professor Huster, dem Reinhold Stoevesandt die Hintergründe zu der Kreistagssitzung geschildert und seine im Auftrag der FDP-Kreistagsfraktion gehaltene Erklärung am 19. April (die BZ berichtete darüber) erläutert hat, gibt dem FDP-Abgeordneten in allen Punkten seines Widerstandes recht. „Die zugrunde liegenden Vorgänge sind empörend“, lautet der letzte Satz des Antwortbriefes des Professors an den FDP-Politiker, „obwohl man an Derartiges langsam gewöhnt ist, muß man doch immer wieder protestieren.“ -rns-

### Zeitaufwand ist zu groß

Der stellvertretende Landrat und Vorsitzende der FDP-Fraktion im Wolfenbütteler Kreistag, Reinhold Stoevesandt, war – wie berichtet – von Landrat Bosse eingeladen worden zur Teilnahme an einem Gespräch im Bundesforschungsministerium in Bonn zum Thema Atomgesetz-Novelle. Stoevesandt schrieb dazu nachstehenden Leserbrief.

Nach mir gegebenen Informationen wird der Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, kaum Gelegenheit nehmen können, den für Montag nach Bonn eingeladenen Vertretern aus dem Kreis Wolfenbüttel zur Verfügung zu stehen. Weiter stele ich fest, daß für ein Gespräch nur eine Zeit von zwei Stunden, also von 11 Uhr bis 13 Uhr vorgesehen ist. Ganz sicher wird dann wohl nach einem Mittagessen nicht mehr weitere Zeit zu Diskussionen sein. Von dieser Art einer Besprechung in Bonn verspreche ich mir nichts. Ich bedaure sehr, für diesen Informationsumfang den Zeitaufwand für eine Reise nach Bonn nicht erbringen zu können.

Mein Vorschlag wäre, daß die als Referenten angekündigten Besprechungsteilnehmer – Regierungs-Direktor Dr. Hagen, der Pressesprecher des Forschungsministeriums, Dr. Lange, und Ministerial-Direktor Pfaffelhuber aus dem Innenministerium – mit mehr Zeiteinplanung nach Wolfenbüttel kämen, um in Rede und Gegenrede die anstehenden Probleme intensiv zu erörtern, zumal dann auch z. B. der nach Einsturz eines Salzbergwerkes heute noch vorhandene See bei Hedwigsburg besichtigt werden könnte.



Reinhold Stoevesandt

Links:

BZ, 18.5.1977

Rechts:

BZ 12.1.1979

Jürgen Kumlehn

Erinnerer in der Lessingstadt Wolfenbüttel

19. Juni 2024